Damit ist die Überweisung mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich rufe auf:

4 Gesetz zu dem Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein – K.d.ö.R. –, dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe – K.d.ö.R. – und der Synagogen-Gemeinde Köln – K.d.ö.R.

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2863

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Breuer das Wort.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als der Philosoph Ernst Bloch nach einer langen Flucht Ende der 30er-Jahre endlich in Amerika sicher war, schrieb er dort folgende berührenden und berühmten Worte:

„Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfasst und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.“

Daran mussten wir denken, als wir vor wenigen Tagen den 60. Geburtstag unseres Landes gefeiert haben. Denn die Nordrhein-Westfalen sind solche arbeitenden und schaffenden Menschen und haben eine stabile Demokratie begründet. Deshalb ist Nordrhein-Westfalen über 18 Millionen Menschen – Einheimischen und Zugewanderten – Heimat geworden. Daher fühlen sie sich hier wohl und leben gerne hier.

60 Jahre NRW erinnert uns aber auch daran, der Existenz dieses demokratischen, stabilen und schönen Landes ging ein mörderischer Krieg und – viel schlimmer und beschämender – der millionenfache industriell betriebene Mord an Menschen jüdischen Glaubens voraus.

Diesem staatlich verordneten und von vielen Menschen bereitwillig mitgetragenen Zivilisationsbruch haben viel zu wenige etwas entgegenge-

setzt. Zugleich hat der Holocaust das Bewusstsein dafür geschärft, wie eng das jüdische Leben im Besonderen und das Leben in Deutschland – und in Nordrhein-Westfalen – im Allgemeinen miteinander verbunden sind; denn Auschwitz steht für die Vernichtung des Judentums und dafür, dass von den Deutschen die gesamte europäische Kultur selbst radikal infrage gestellt, ja verneint wurde.

Umso mehr freut es mich, dass jüdisches Leben wieder seinen festen Platz in Nordrhein-Westfalen hat. Wir können uns noch sehr gut daran erinnern, dass die CDU-Fraktion im Jahr 2003 einen Antrag in den Landtag eingebracht hat mit dem Ziel, das jüdische Leben stärker zu unterstützen. Es ist erfreulich, wenn wir sehen, wie sich die jüdischen Gemeinden allein in den vergangenen 16 Jahren entwickelt haben. Damals, im Jahr 1990, zählten die jüdischen Gemeinden nämlich knapp 5.000 Mitglieder. Heute sind es mehr als 31.000. Wir haben starke, lebendige jüdische Gemeinden. Sie sind aus unserem Land nicht mehr wegzudenken.

Als Paul Spiegel im September vergangenen Jahres Herrn Ministerpräsident Rüttgers das alles berichtete, konnte dieser seine Freude darüber spüren. Doch spielte auch die Sorge eine Rolle in seinen Gedanken, denn mit den Gemeinden wachsen auch die Herausforderungen. Die meisten neuen Mitglieder sind Zuwanderer, sprechen häufig kein Deutsch und tun sich, nicht zuletzt weil sie häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind, oftmals schwer mit ihrer Integration oder der ihrer Kinder.

Wir halten es deshalb für eine Selbstverständlichkeit, dass wir trotz der schwierigen Haushaltslage unsere Leistungen an die jüdischen Gemeinden deutlich erhöhen werden. Wir entsprechen damit auch einer Bitte von Paul Spiegel. Es freut uns, dass wir mit diesem Staatsvertrag die jüdischen Gemeinden auf ihrem Weg zu mehr Selbstständigkeit unterstützen können.

Wir stehen aber noch vor einer zweiten, ungleich größeren Aufgabe. Ich halte es für einen lange Zeit nicht vorstellbaren Vertrauensbeweis für unser Land, dass Menschen jüdischen Glaubens nach Deutschland – nach Nordrhein-Westfalen – einwandern, um hier ihre Heimat zu finden. Ich finde, das sollte uns freuen. Aber unsere Geschichte müssen wir weiterhin als Verpflichtung begreifen, und diese Verpflichtung müssen wir weitergeben.

Unser Land ist sich dessen bewusst. Wie kein Ministerpräsident vor ihm hat sich Johannes Rau für den jüdisch-christlichen Dialog stark gemacht. Wir

werden dieses Erbe hochhalten und leisten mit diesem Staatsvertrag einen wichtigen Beitrag. Wir werden damit hoffentlich dazu beitragen, dass möglichst viele Mitglieder der jüdischen Gemeinden die Erfahrung machen können, die sich Ernst Bloch so sehr gewünscht hat, nämlich Heimat zu erfahren.

Mit dieser Bitte verbinde ich auch den Wunsch auf eine schöne, fundamentierte und wirklich breit getragene Debatte über diesen Staatsvertrag. Ich bedanke mich dafür, dass wir diese Debatte in den Ausschüssen fortsetzen können. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Breuer. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Apel-Haefs.

Ulrike Apel-Haefs (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es vorweg zu sagen: Die SPD-Fraktion wird dem Gesetzentwurf zu dem Gesetz zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den jüdischen Kultusgemeinden in Nordrhein-Westfalen zustimmen, selbst wenn er heute erst in erster Lesung beraten wird. Wir bewegen uns dabei in der Tradition unserer Zustimmung zu dem Grundvertrag aus dem Jahre 1992 und zu seinen Veränderungen in den Jahren 1997 und 2001. Auch die finanzielle Unterstützung der jüdischen Kultusgemeinden ist Teil der politischen Zusammenarbeit und der sonstigen vielfältigen kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen, die seit vielen Jahren, ganz besonders seit der Zeit von Johannes Rau, das gute, vertrauensvolle Verhältnis zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel prägen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal daran erinnern, dass 1987 der Landtag als erstes Länderparlament die Deutsch-Israelische Parlamentarische Gesellschaft gründete und 1988 eine Resolution für die weitere Unterstützung von Israels Aufbauleistungen unterzeichnete.

So hatte auch der Staatsvertrag von 1992, über dessen Änderung wir heute in erster Lesung beraten, das Ziel, die jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen bei der Betreuung und Eingliederung ihrer besonders nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ständig wachsenden Zahl von Gemeindemitgliedern zu unterstützen. Es ist schon gesagt worden: Heute leben über 30.000 Juden in Nordrhein-Westfalen. Das ist fast ein Drittel aller in Deutschland lebenden Juden. Neue

Synagogen sind entstanden – auch ein Stück alltägliche Normalität.

Dennoch darf ich an dieser Stelle Bundespräsident Horst Köhler zitieren:

„Es gibt Worte, an denen scheiden sich die Geister, wenn sie auf das jüdische Leben in unserem Land bezogen werden – das Wort ‚Normalität‘ zum Beispiel oder ‚Selbstverständlichkeit‘.“

Dieses Zitat stammt aus einer Rede anlässlich der Eröffnung der neuen Synagoge in München, die auch als weiterer Schritt in Richtung Normalität gefeiert wurde. Aber 1.500 Polizisten waren aufgeboden worden, um den Festakt, an dem 250 Gäste teilnahmen, zu sichern. Auch das eine normale Vorsichtsmaßnahme – war doch ein geplanter Anschlag anlässlich der Grundsteinlegung vor drei Jahren gerade noch rechtzeitig verhindert worden.

Der gestiegene Finanzbedarf der jüdischen Gemeinden, dem der vorliegende Gesetzentwurf mit zusätzlichen 2 Millionen € Rechnung trägt, ist mitnichten nur der steigenden Anzahl von Gemeindemitgliedern geschuldet, sondern vor allem auch den zunehmenden Kosten für Sicherheitsmaßnahmen, die die jüdischen Gemeinden demnächst selbst aus diesem Budget zu finanzieren haben.

Meine Damen und Herren, erst letztes Wochenende hat die NPD provozierend selbstbewusst in Berlin – in „ihrer Reichshauptstadt“ – getagt. Seitdem überschlagen sich wieder die Überlegungen, auf welchem Wege man doch noch ein Verbot dieser Partei erreichen könne. Egal zu welchen Ergebnissen diese Überlegungen gelangen, eines ist klar: Gesinnung lässt sich weder verordnen noch verbieten. Die jüngste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtsradikalismus macht erschreckend deutlich, dass gerade eine rechtsextreme Gesinnung weit über rechtsextremistisch identifizierbare Parteien und Bewegungen hinaus in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen ist – in Ostdeutschland besonders, aber nicht nur dort.

Tiefgreifende soziale Umbrüche, zunehmender Vertrauensverlust in demokratische Institutionen und Partizipationsdefizite sind nur einige, aber entscheidende Ursachen dafür. So können wir uns auch in Nordrhein-Westfalen nicht mit dem Hinweis darauf beruhigt zurücklehnen, dass rechtsextremistische Parteien bei uns meilenweit von der parlamentarischen Beteiligung entfernt sind. Grundlagen für rechtsextremes Gedankengut gibt es auch hier. Die Tendenz rechtsextremistisch motivierter Straftaten ist steigend.

Meine Damen und Herren, im Jahre 2003 haben alle Fraktionen des Landtags einen gemeinsamen Entschließungsantrag verabschiedet – „Jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen – Mehr Wissen, mehr Vertrauen“ –, in dem sie sich verpflichtet haben, dem jüdischen Leben in Nordrhein-Westfalen wieder zur Normalität zu verhelfen. Die, wie ich finde, beeindruckende Diskussion, die damals stattgefunden hat, muss weitergeführt sowie Erreichtes und Nichterreichtes daraufhin überprüft werden, was zu verbessern ist.

Ich bin überzeugt davon, dass die Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf wiederum in großer Einmütigkeit der Parteien erfolgen wird, und ich wünsche mir das ebenso bei zukünftigen Diskussionen über Rechtsextremismus und die Sicherung jüdischen Lebens in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Kollegin. – Herr Jostmeier hat nun für die CDU-Fraktion das Wort.

Werner Jostmeier (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen! Das Wesentliche, was zur Begründung dieses Staatsvertrages und zur Zustimmung auch der CDU-Fraktion zu diesem Vertrag zu sagen wäre, ist bereits von Ihnen, Herr Minister, und auch von Ihnen, Frau Apel-Haefs, gesagt worden. Ich will auf Wiederholungen verzichten und mich auf Folgendes konzentrieren.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich mit Vertrag vom 1. Dezember im Jahre 1992 erstmalig verpflichtet, jüdische Kultusgemeinden in Nordrhein-Westfalen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Ich will noch einmal die Dimension deutlich machen, wie sich das jüdische Leben in Nordrhein-Westfalen in den letzten 15, 20 Jahren entwickelt hat: Vor 16 Jahren, Ende des Jahres 1990, wohnten hier 4.847 Mitglieder von jüdischen Gemeinden, während es heute – Sie, Herr Minister, haben es auch gesagt – weit mehr als 30.000 sind und jährlich etwa 1.200 hinzukommen.

Ich möchte an dieser Stelle sagen: Wir sollten dankbar dafür sein, dass sich nach dem, was wir in der deutschen Geschichte erleben mussten, so viele Menschen gerade auch als Zuwanderer bei uns in Deutschland wieder ansiedeln und Heimat finden wollen. Wir sollten gemeinsam dazu beitragen, dass sie sich auch wohlfühlen dürfen und

wohlfühlen können. Das kann nicht oft genug betont, gerade vor dem Hintergrund dessen, was Sie, Frau Apel-Haefs eben in Bezug auf die NPD sagten.

Es kann auch nicht oft genug wiederholt werden, dass die Menschen wissen: Die deutsche und die europäische Kultur, die deutsche und die europäische Geschichte wären in den letzten 1.000 Jahren ohne die jüdische Kultur und Geschichte nicht denkbar. Sie war über Jahrhunderte auch ein Teil der deutschen Kultur.

Deshalb stimmt auch die CDU-Fraktion diesem Staatsvertrag mit den angepassten finanziellen Hilfen zu. In der Vergangenheit sind bereits im Jahre 1997 und dann im Jahre 2001 die finanziellen Leistungen des Landes Nordrhein-Westfalen angepasst worden. Vor allen Dingen vor dem Hintergrund der starken Zuwanderung – das ist bereits gesagt worden – wird jetzt eine erneute Anpassung auf 7 Millionen € vorgenommen, und zwar bereits mit Wirkung für das Jahr 2006.

Meine Damen und Herren, ein Punkt ist mir auch noch wichtig, weil das Problem in der Tagesdebatte häufig vorgetragen wird und wir uns damit zu beschäftigen haben: Die jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen erbringen mit der Eingliederung der häufig noch nicht einmal Deutsch sprechenden Zuwanderer jüdischen Glaubens in den deutschen Kulturraum eine ganz besonders anerkennenswerte Integrationsleistung, die wir nicht hoch genug einschätzen können.

Zum Schluss möchte ich darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass auch die jüdischen Gemeinden trotz der Erhöhung einen Sparbeitrag zur notwendigen Haushaltskonsolidierung dadurch erbringen, dass sie sich demnächst an der Finanzierung und dem Kauf von Friedhofsflächen, bei der Übernahme von Kosten für das Sicherungspersonal der Gemeinden und bei den notwendigen Renovierungen für die Synagogen zu beteiligen haben. Das ist in den Protokollvermerken festgehalten worden.

Dadurch bewirken wir gleichzeitig, dass ein jahrelanger Streitpunkt zwischen den Kommunen und den jüdischen Gemeinden, wer denn nun für die Kosten der Sicherung der Gebäude aufzukommen habe, nicht nur entschärft, sondern bis zum Jahre 2012 keiner mehr sein wird. Die Regierungen haben sich in dem Staatsvertrag darauf verständigt, diese Regelung erst bis 2012 wirksam werden zu lassen, weil man dann jeweils flexibel auf die neuen Bedürfnisse, die dort stattfinden, reagieren kann.

Meine Damen und Herren, ich werbe gerne für diesen Staatsvertrag – nicht zuletzt deshalb, weil ich auch zweimal die Erfahrung machen durfte, dass ein Telefonanruf genügt hat, um jüdische Gemeinden in Nordrhein-Westfalen dazu zu bewegen, bestimmten sich in Not befindenden Gruppen – ich denke jetzt aber auch an einen konkret Fall von Studenten, die ein bestimmtes Projekt zu fördern hatten – auch finanziell unter die Arme zu greifen. Das heißt, man reagiert dort dankenswerterweise sehr flexibel.

Auf den gemeinsamen Antrag vom Juli 2003, meine Damen und Herren, ist von beiden Vorrednern bereits hingewiesen worden. Wir haben uns in diesem von allen vier Fraktionen getragenen Antrag damals verpflichtet, jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen wieder zur Normalität werden zu lassen und für diese Normalität werbend zu unterstützen. Wir tun mit diesem Staatsvertrag nichts anderes, als dieser Verpflichtung nachzukommen.

Wir stimmen selbstverständlich zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Jostmeier. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In der Tat, die Beiträge meiner Vorrednerinnen und Vorredner machen es deutlich: Es ist gute und auch richtige Tradition in diesem Hause, dass wir so wesentliche Fragen wie das jüdische Zusammenleben gemeinsam regeln. Auch wenn es in diesem Hause über vieles Streit gibt – das gehört zur Demokratie –, gibt es erfreulicherweise manchmal sehr großen Konsens. Dieses Thema zählt dazu.

Vor diesem Hintergrund überrascht es Sie nicht, dass auch meine Fraktion die Fortentwicklung des Staatsvertrages begrüßt, der das Miteinander zwischen dem Land und den jüdischen Gemeinden regelt, und es für angemessen hält, hier eine Fortentwicklung vorzunehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte wie Herr Jostmeier und Frau Apel-Haefs sagen: Es ist wichtig, dass wir den interfraktionellen Antrag von 2003 haben, weil wir an solchen Beispielen immer wieder merken, wie wichtig es ist, uns unserer besonderen Verantwortung aufgrund dessen, was wir im letzten Jahr-

hundert angerichtet haben, bewusst zu werden. Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass uns der Holocaust dauerhafte Mahnung ist.

Dass wir das braune Gedankengut leider noch nicht verbannt und noch nicht überwunden haben durch Bildungsarbeit, durch geschichtliche Aufklärung, durch Austausch der Menschen, mahnen uns Erfolge rechtsextremer Parteien in den Landtagen. Das zeigt uns, dass das keine Aufgabe ist, wo man irgendwann sagen kann: Wir können jetzt zur Normalität übergehen.

Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass man das an solchen Tagen immer wieder festhält, und dass wir uns alle gemeinsam erinnern, wie notwendig es ist, hier die Gemeinsamkeit der Demokraten hochzuhalten und zu pflegen. Dazu gehört aus Sicht meiner Fraktion – auch von mir persönlich –, dass es diesen Konsens auch in Wahlkampfzeiten geben sollte und dass wir alle nicht auf Stimmenfang gehen sollten bezogen auf rechtsextreme Parteien, weil das ganz entscheidend ist für die Demokratie in unserem Land, die wir aufgerufen sind zu festigen.

Meine Damen und Herren, ich will einen letzten Punkt ansprechen: das jüdische Leben. Es ist erfreulich, dass Synagogen neu entstehen. Ich habe die bewegende Einweihung der bergischen Synagoge miterlebt. Das ist ein Zeichen, dass jüdisches Leben wächst und wir von einer Renaissance des Judentums sprechen können. Auch dem trägt natürlich der fortzuentwickelnde Staatsvertrag Rechnung. Wir begrüßen das ausdrücklich. Das beschämende Element – darauf haben Sie auch hingewiesen –, wie viel Sicherheit erforderlich ist, zeigt, dass wir hier noch eine gewaltige Zukunftsaufgabe gemeinsam zu bewältigen haben. Meine Fraktion wird das positiv begleiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Löhrmann. – Für die FDP spricht nun Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Viel Gutes und Richtiges ist zu diesem Gesetzentwurf zu dem Staatsvertrag gesagt worden. Es wird Sie sicherlich nicht verwundern, dass auch wir das begrüßen. Wir gehen noch in die Ausschussberatungen, aber wir werden dem selbstverständlich zustimmen.

Wir haben in diesem Haus in der Tat einen großen Konsens in dieser Frage gehabt. Ich habe

deswegen in der vergangenen Woche, als ich anlässlich der Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht die Ehre hatte, den Landtag von Nordrhein-Westfalen zu vertreten, gesagt: Jüdisches Leben ist in Nordrhein-Westfalen willkommen. Mit diesem Staatsvertrag setzen wir ein sehr deutliches Zeichen, dass dem tatsächlich so ist.

Vieles haben wir nach wie vor noch auf der Wegstrecke zu leisten. Die Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung ist schon angesprochen worden. Es hat mich sehr betroffen gemacht, dass man in eine solche Umfrage überhaupt die Frage aufnimmt, ob jüdisches Leben in der Bundesrepublik Deutschland zu viel Einfluss hätte. Allein diese Frage fand ich erschreckend – aber noch mehr hat mich bestürzt, dass 18 % unserer Bevölkerung die Frage bejaht haben.

Da stimme ich den Vorrednerinnen und dem Vorredner ausdrücklich zu: Diese menschenverachtende, intolerante Gesinnung werden wir nicht mit Verboten verhindern und bekämpfen können, sondern da müssen wir als Demokraten insgesamt, vielleicht viel offensiver als wir das bisher getan haben, den politischen Diskurs suchen und auch nicht die Argumentation scheuen. Wir haben die besseren Argumente. Wir müssen uns mit Argumenten dieser dumpfen Angstmacherei, diesem Verunsicherung bringenden Dahergefasel und diesen platten Parolen entgegensetzen. Denn wir haben nach dem, was 1933 und in den Folgejahren und mehr noch nach 1938 passiert ist, sicherlich nicht davon ausgehen können, dass sich jüdisches Leben in der Bundesrepublik Deutschland so entwickeln würde, wie es sich Gott sei Dank entwickelt hat.

Das, was die jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt an Leistungen, an gesellschaftlichem Beitrag geleistet haben – das Thema Integration der zugewanderten Menschen aus Osteuropa ist schon angesprochen worden –, ist eine enorme Herausforderung für diese jüdischen Gemeinden, weil sich die Sprachdefizite, die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe, aber auch massive soziale Friktionen in den Gemeinden ausgewirkt haben.

Das, was die jüdischen Gemeinden hier an Integrationsleistung zum Wohle unserer gesamten Gesellschaft erbracht haben, ist hoch achtenswert und hoch anerkennenswert. Deswegen finde ich es gut und richtig, dass wir diesen Weg gemeinsam bestreiten und begehen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen und darauf, dass wir als Parlament in Nordrhein-Westfalen ganz deutlich

das Zeichen setzen: Jüdisches Leben ist in Nordrhein-Westfalen willkommen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kollegin. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/2863** an den **Hauptausschuss**. Wer diesem zustimmen mag, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer Enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

5 Bleiberechtsregelung: Endlich Rechtssicherheit für langjährig geduldete Flüchtlinge schaffen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2717

Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
Drucksache 14/2879

Wir beraten in Verbindung damit den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, der mit **Drucksache 14/2784** vorliegt.

Der Antrag wurde einschließlich des Entschließungsantrages gemäß § 79 Abs. 2 b vom Plenum an den Innenausschuss überwiesen mit der Bestimmung, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Diese Beschlussempfehlung des Innenausschusses liegt nun mit Drucksache 14/2879 vor.

Ich eröffne die Beratung und gebe dem Herrn Kollegen Rudolph von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden heute nicht zum ersten Mal über dieses Thema. Es beschäftigt uns, muss man ja schon sagen, seit vielen Jahren. Deswegen muss man, wenn man über dieses Thema spricht, zuerst einmal selbstkritisch sein, weil sich die Politik vom Zuwanderungsgesetz ja feste Regelungen versprochen hat, transparente Regeln, die offensichtlich nicht funktioniert haben. Es liegt an den Parteien und vor allen Dingen auch an einer gewissen Blockade in der Innenministerkonferenz, dass wir bis heute keine